

Impressionen vom *Managerkreis* am 12. März 2019 in Essen



Landesbüro NRW

„Gerechtigkeit neu denken“

„Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“ Mit diesem chinesischen Sprichwort eröffnete **Thomas Kutschaty**, Vorsitzender der NRW-Landtagsfraktion der SPD, die Veranstaltung *Gerechtigkeit neu denken*. Der Abend, der vom Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wurde, sollte allen Interessierten die Gelegenheit geben, mit den Podiumsgästen darüber zu debattieren, wie unser Sozialstaat in Zukunft aussehen soll.

In seinem Impulsvortrag stellte **Thomas Kutschaty** drei Bereiche vor, deren Gestaltung seiner Ansicht nach ausschlaggebend für ein zukunftsfähiges Deutschland seien, und die er in der folgenden Debatte mit dem Publikum diskutieren wolle: Eine aktive Industrie- und Innovationspolitik, ein moderner Sozialstaat und ein gerechtes Steuersystem.

Er betonte, dass Deutschland unter anderem vor der Herausforderung stehe, den Klimawandel zu bewältigen und dabei trotzdem ein modernes Technologieland mit genügend Arbeitsplätzen, einer leistungsfähigen Industrie und bezahlbarer Energie zu bleiben. Dazu sei es seiner Meinung nach auch nötig, dass sich Schlüsselindustrien, wie zum Beispiel die Automobilbranche, veränderten und in neue Technologien wie die Elektromobilität investierten.



Eine Reform des Sozialstaats, und damit vor allem der Hartz-IV Gesetze, sei laut Kutschaty unumgänglich. Die Drohkulisse Hartz IV, die Abstiegsgänge schüre, solle korrigiert und in ein System überführt werden, das Ungerechtigkeiten bei Leistungen nicht länger akzeptiere. Bausteine seien dabei die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem, mehr Kitaplätze, ein ausreichend hoher Mindestlohn, die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, das Schaffen angemessener Arbeitsbedingungen und die Einführung einer Arbeits-, statt einer Arbeitslosenversicherung.

Finanziert werden solle dieser moderne Sozialstaat unter anderem durch eine gerechte Steuerpolitik. Dazu gehörten zum Beispiel ein höherer Spitzensteuersatz, die Einführung einer Vermögenssteuer und das Bekämpfen von Steuerflucht ins Ausland.



Die darauffolgende Diskussion zwischen **Thomas Kutschaty**, **Christoph Mause**, Sprecher des Managerkreises der FES in NRW und dem **Publikum**, wurde von der Journalistin **Astrid Prange de Oliveira** moderiert.

Dabei waren sich alle Beteiligten einig, dass das Ziel einer gerechten Steuerpolitik nur durch einen



regulativ eingreifenden Staat erreicht werden könne. Dieser müsse durch Gesetze und Rahmenbedingungen die Unternehmen und Spitzenverdiener in die Pflicht nehmen, die ihrem Vermögen angemessenen Steuern zu zahlen. Das Schließen von Steuerschlupflöchern sei ebenfalls elementar, da so Steuererhöhungen vermieden werden könnten. Diesbezüglich würde auch die Einführung einer europäischen Digitalsteuer helfen, um die Steuerflucht

von Unternehmen in europäische Nachbarländer zu verhindern.

Auch im Publikum herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass die Forderung „Eigentum verpflichtet“ aus dem Grundgesetz wieder stärker in den Fokus der Politik rücken müsse. Gleichzeitig müssten Politiker_innen die Steuerpolitik mutiger gestalten, da diese das mächtigste Instrument der Sozialpolitik sei.

Außerdem wurde eindringlich betont, dass Investitionen in Bildung in Deutschland endlich höchste Priorität haben sollten, da Deutschlands einzige Ressource das Humankapital in der Bevölkerung sei.

Die Anwesenden appellierten an die Sozialdemokratie, der Bevölkerung wieder deutlich zu zeigen, was sie von der Union abgrenze und durch Reformen in den Bereichen Rente, Umwelt- und Klimaschutz und Mobilität ihr eigenes sozialdemokratisches Profil zu schärfen.

Durch diese Maßnahmen könne die Sozialdemokratie ihr Verständnis von Gerechtigkeit wieder deutlicher sichtbar machen, um so dazu beizutragen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.



Text: Sonja Neitzke / Fotos: Ulrike Reinker

Redaktion: Ulrike Streicher/ Petra Wilke